



Bund soll Antiterror-Kosten übernehmen

Flughäfen fordern 40 Millionen Franken vom Staat



Kostete den Flughafen Zürich rund 1 Million Franken: New Eagle IV. HO

VON BENJAMIN WEINMANN

Letzte Woche kam es zum Eklat. Die Flughafen Zürich AG, die ihre Flughafentaxen erhöhen will, und die Airlines, allen voran die Swiss, konnten sich in den Gebührenverhandlungen nicht einigen. Nun muss das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) einen Entscheid fällen.

«**DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT** bei den Gebühren könnte deutlich verbessert werden, wenn der Bund seinen Pflichten bei den Sicherheitskosten nachkommen würde», sagt Paul Kurrus, Präsident von Aerosuisse, dem Verband der Schweizerischen Luft- und Raumfahrt. Hintergrund von Kurrus' Aussage ist ein Vorstoss beim Bazl der Aerosuisse und der Swiss International Airports Association (SIAA), der Vereinigung der Flughäfen Zürich, Genf, Basel, Bern, Lugano und Altenrhein. Laut SIAA wenden die Landesflughäfen jährlich 40 Millionen Franken für Überwachungsaufgaben auf. Diese Kosten sollte der Staat übernehmen. So lautet die Forderung der Flughäfen.

In Zürich fahren Kantonspolizisten beispielsweise mit dem neuen Panzer-

jeep New Eagle IV täglich das Flugfeld ab oder eskortieren gefährdete Maschinen. Das gepanzerte, acht Tonnen schwere Kriegsfahrzeug könnte sich in einem Notfall einem Laster in den Weg stellen und die Detonation mehrerer Dutzend Kilogramm TNT aushalten. Für die SIAA ist klar: «Da es sich hierbei um eine Aufgabe des Staates – also eine hoheitliche Aufgabe – handelt, sind diese Kosten von der öffentlichen Hand zu übernehmen.»

Nichthoheitliche Kosten wie zum Beispiel für die Sicherheitskontrolle der Passagiere oder das Durchleuchten des Gepäcks würden auch in Zukunft von den Flughäfen getragen, beziehungsweise durch die Airlines und die Passagiere. Für einen Lokalpassagier in Zürich ist im Ticketpreis eine Sicherheitsgebühr von Fr. 14.50 mit eingerechnet.

AUF DIE FRAGE, ob bei einem Entgegenkommen des Bundes die Gebühren sinken würden, sagt die SIAA: «Die Flughäfen beabsichtigen mit der Forderung nach der Verlagerung der Kostenträgerschaft nicht, ihre eigenen Gewinne zu erhöhen.» Die Einsparungen würden also wohl weitergegeben. Die Swiss unterstützt das Anliegen – schliesslich könnte sie dadurch günstigere Tickets anbieten.

Die Aerosuisse ist zwar schon öfter für eine staatliche Übernahme der Patrouillenkosten gewiebelt. Doch nun hat der Verband neue Munition, und zwar von Verkehrsministerin Doris Leuthard. Sie stellte letzten Herbst am Schweizerischen Luftfahrtkongress eine vom Bund in Auftrag gegebene Studie vor. Diese

kam zum Schluss: «Die Schweizer Flughäfen sind bei den Sicherheitskosten benachteiligt, da letztere Kosten im Gegensatz zum Ausland nicht grossenteils vom Staat, sondern von den Flughäfen zu tragen sind.» Heute bezahlt der Bund nur die Kosten für die bewaffneten Flugbegleiter, die sogenannten Air Marshalls, die auf kritischen Flugrouten eingesetzt werden, sowie Kontrollpersonal an kritischen Destinationen. Erstere kosten jährlich 9 Millionen Franken.

Trotz dem Studienresultat äussert sich Bazl-Sprecher Urs Holderegger eher ablehnend gegenüber dem Vorstoss: «Der Bund gewichtet in dieser Frage das Verursacherprinzip höher.» Aerosuisse-Präsident Paul Kurrus kann diese Haltung nicht nachvollziehen: «Die Flughäfen sind sicher nicht die Verursacher von Terrorismus, sondern wenn schon ist das Staatswesen Ziel des Terrors.»

SEIT DEN 9/11-ANSCHLÄGEN sind die Sicherheitskosten stark gestiegen. Betragen sie in Zürich im Jahr 2000 noch 70 Millionen Franken, waren es im vergangenen Jahr 115 Millionen, davon 28 für Überwachungsaufgaben. «Während die Anzahl der Passagiere um 9 Prozent stieg, nahmen die Sicherheitskosten um 65 Prozent zu», sagt Flughafen-Zürich-Sprecherin Sonja Zöchling. Weitere Verschärfungen seien absehbar. Man erwartet in den nächsten Jahren eine EU-Vorschrift zur elektronischen Überwachung des Flughafenzauns, was mehrere Millionen Franken kosten werde.